

# **Jahresbericht des Amtes für Soziales und Senioren der Stadt Freiburg 2018 in barrierefreier Form**

Herausgeberin: Stadt Freiburg im Breisgau, Dezernat 3 – Kultur, Integration, Soziales und Senioren und das Amt für Soziales und Senioren

Verantwortlich für den Inhalt: Boris Gourdial, Amtsleiter

## Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung des Amtsleiters des ASS: „Soziale Belange der Bürgerinnen und Bürger im Blick“ .....	2
2. Vorwort des Ersten Bürgermeisters, Ulrich von Kirchbach zum Jahresbericht....	4
3. Information zur Willkommensbroschüre des ASS.....	5
4. Ambulant betreute Wohngemeinschaften in der Hilfe zur Pflege .....	6
5. Gesehen werden – Was Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen sich wünschen .....	7
Teilhabeplanung Psychiatrie .....	7
6. Die vielseitigen Arbeitsfelder der kommunalen Kriminalprävention (KKP).....	8
Anti-Graffiti .....	8
Nutzung und Sicherheit öffentlicher Plätze .....	8
Gewaltprävention – Projekte .....	9
7. KontaktNetz StühlingerPlatz.....	10
8. Jugendberufshilfe-Projekte im Rahmen des §16h SGB II .....	11
9. Neustrukturierung in der Unterbringung von wohnungslosen Menschen .....	13
10. Im gewohnten Umfeld alt werden - Initiativen „Älter werden im Stadtteil“ .....	14
Schaubild: .....	15

## **1. Einleitung des Amtsleiters des ASS: „Soziale Belange der Bürgerinnen und Bürger im Blick“**

Das Amt für Soziales und Senioren (ASS) widmet sich einer enormen Bandbreite an Aufgaben und Themen. Die Individualisierung in der Sozialen Arbeit erfordert auch im Verwaltungshandeln eine zunehmende Differenzierung. Einen Einblick in die Arbeit des ASS ermöglicht der vorliegende Jahresbericht 2018.

Es ist unsere selbstverständliche Aufgabe, auf soziale Bedarfslagen zu reagieren und Hilfen nach dem Sozialgesetz zu gewähren. Unsere Arbeit geht aber über dieses Selbstverständnis hinaus. Neben dem Tagesgeschäft gilt es, neue Entwicklungen zu beobachten und in den Planungen zu berücksichtigen.

Ein in Freiburg zentrales Thema ist „Wohnen“ – es gewinnt im Sozialbereich zunehmend an Brisanz. Die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger aufzugreifen, die aus einer sozialen oder gesundheitlichen Bedarfslage heraus Wohnraum suchen, ist eine unserer wesentlichen Herausforderungen. Im Amt für Soziales und Senioren begleitet uns das Thema täglich. Hier ist die Unterbringung wohnungsloser bzw. von Wohnungslosigkeit bedrohter Menschen im letzten Jahr gesondert hervorzuheben: Durch eine Neustrukturierung gingen weitere Sachgebiete und Aufgaben an die Abteilung 6 „Leistungen für wohnungslose Menschen“ über. Dadurch können wir nun deutlich schneller und flexibler agieren. Die Erschließung neuer Unterbringungsmöglichkeiten beschäftigt uns und wir sind froh, mit der Eröffnung eines neuen Wohnheims bereits eine erste Entlastung der Notunterkünfte erreicht zu haben.

Aber auch für Personen ab 65 Jahren ist das Thema von enormer Bedeutung. Wir wissen nicht erst seit den Ergebnissen der Befragung der Generation 55plus, dass ältere Menschen sich wünschen, in ihrem gewohnten Umfeld alt zu werden. Hier spielen „ambulant betreute Wohngemeinschaften“ eine zunehmende Rolle. Dies gilt auch für Menschen mit Behinderung. Die Beauftragte für Menschen mit Behinderungen begleitet solche und andere Wohnformen wie auch die Gestaltung und Planung von bestehenden und neuen Stadtteilen im Aktionsplan Inklusion.

Es gilt, die Menschen mit Ihren Bedürfnissen bei der Ausgestaltung ihrer Ideen zu begleiten. Was alle Themen eint, sind der Wunsch nach bezahlbarem Wohnraum und nach barrierefreiem Wohnen. Es braucht einen langen Atem der Engagierten, der Initiativen und auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um am Ende gute Ergebnisse zu erzielen. Auch im laufenden Jahr begleiten wir die Wohnthemen weiter zielgerichtet und mit Blick auf die sozialen Belange.

Darüber hinaus sind zwei Entwicklungen hervorzuheben:

Ich freue mich sehr, dass 2018 die Teilhabeplanung Psychiatrie begonnen werden konnte. Hier wird gemeinsam mit den Mitgliedern des Gemeindepsychiatrischen Verbunds eine wichtige Grundlage erarbeitet, um die Angebotsstruktur für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen und deren Angehörige langfristig zu verbessern.

Des Weiteren hat der Gesetzgeber mit der Kodifizierung des § 16h SGB 2 die für die Praxis wichtige Brücke zwischen der Jugendberufshilfe und dem SGB 2 geschlagen.

Dies erlaubt uns, die seit Jahren laufenden Kooperationsprojekte mit dem Jobcenter zu verstetigen. Junge Menschen können dank dieser Projekte bei Bedarf stabilisiert und auf den Arbeitsmarkt vorbereitet werden.

Bei allen Belangen unseres Amtes schätze ich die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Dezernat drei - Kultur, Integration, Soziales und Senioren.

Ich bedanke mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Amtes und des Jobcenters für ihre engagierte Arbeit. Ebenso möchte ich mich bei den ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürgern der Stadt bedanken, die sich für soziale Themen einbringen. Besonders möchte ich den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege, allen Institutionen und den Stadträtinnen und Stadträten danken, die uns bei der Erarbeitung und Umsetzung unserer Themen und den neuen Entwicklungen begleiten.

Auf die weitere Zusammenarbeit freuen wir uns auch in Zukunft!

Boris Gourdial, Amtsleiter  
Freiburg, im Juli 2019

## **2. Vorwort des Ersten Bürgermeisters, Ulrich von Kirchbach zum Jahresbericht**

Liebe Leserinnen und Leser,

kaum ein Bereich ist so nah am täglichen Leben unserer Bürgerinnen und Bürger wie der Sozialbereich. Mein Dezernat begleitet das Amt für Soziales und Senioren bei seiner täglichen Arbeit. Ich freue mich, wenn wir Themen gemeinsam sozialpolitisch aufgreifen und eine Grundlage dafür schaffen, die soziale Gerechtigkeit in der Stadt zu wahren und zu stärken. Zwei Bereiche sind dafür exemplarisch zu nennen:

Die Fortschreibung des Aktionsplans Inklusion als gesamtstädtisches Strategiepapier wird eng von mir und meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern begleitet. Eine inklusive Stadtentwicklung spielt für genau diejenigen Menschen in Freiburg eine Rolle, die uns im Sozialbereich begegnet. Zeitgleich eröffnet das Thema den interdisziplinären Diskurs innerhalb der Stadtverwaltung, in den sich viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes für Soziales und Senioren und vor allem auch die Behindertenbeauftragte engagiert einbringen.

Unsere Bemühungen rund um die kommunale Kriminalprävention klingen zunächst nach einem ordnungsrechtlichen Thema. Dies wäre aber zu kurz gegriffen und ich begrüße auch hier die interdisziplinäre Zusammenarbeit. Gemeinsam mit vielen städtischen und bürgernahen Institutionen bringen wir ein Konzept auf den Weg, das zur Sicherheit in der Stadt beiträgt.

Mein Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Durch ihr Einfühlungsvermögen und ihre Bereitschaft, immer wieder menschliche Lösungen zu entwickeln, begleiten Sie die Bürgerinnen und Bürger kompetent bei ihren Anliegen. Für Ihre Arbeit bedanke ich mich an dieser Stelle herzlich.

Auch möchte ich den Kolleginnen und Kollegen des Jobcenters und der Agentur für Arbeit, den Ansprechpersonen in der freien Wohlfahrtspflege sowie in den zahlreichen Netzwerken, wie auch den vielfach involvierten Stadträtinnen und Stadträten für die immer gute und konstruktive Zusammenarbeit danken. Ich freue mich darauf, auch im folgenden Jahr mit Ihnen gemeinsam das soziale Leben in unserer Stadt mitzugestalten.

Ulrich von Kirchbach  
Erster Bürgermeister  
Freiburg, im Juli 2019

### **3. Information zur Willkommensbroschüre des ASS**

„Herzlich willkommen im Amt für Soziales und Senioren!“ hieß es im Jahr 2018 für 44 neue Kolleginnen und Kollegen.

Wie Freiburgs Bevölkerung wächst, so nehmen auch die Aufgaben im Amt für Soziales und Senioren stetig zu. Darüber hinaus werden durch gesetzliche Änderungen und natürliche Fluktuation mehr Fachkräfte in der Sozialverwaltung benötigt - diese zu binden und zu gewinnen, ist eine wesentliche Aufgabe des Amtes geworden.

So ergänzen wir das attraktive Anstellungspaket der Stadtverwaltung mit der amtseigenen Broschüre, in der wir allen "Neuen" das Amt mit seinen vielfältigen Aufgaben vorstellen und sie „herzlich willkommen“ heißen.

Die Broschüre gibt es zum Download auf der städtischen Homepage [www.freiburg.de](http://www.freiburg.de) unter „Service“ in der Rubrik „Ämter A bis Z“.

Schaubilder zu:

- A) Haushaltszahlen der Zuschüsse 2018
- B) Haushaltszahlen der Sozialhilfe 2018
- C) Daten und Fakten – Reinaufwand im Sozialbereich

## **4. Ambulant betreute Wohngemeinschaften in der Hilfe zur Pflege**

Ambulant betreute Wohngemeinschaften werden in Freiburg stark nachgefragt. Menschen mit Betreuungs- und Pflegebedarf sehen in dieser Wohnform die Möglichkeit, selbstbestimmt und gemeinsam entsprechend ihrer Bedarfe versorgt zu sein. Für die Stadt Freiburg bleiben Struktur- und Finanzierungsfragen jedoch herausfordernd.

Im Stadtkreis Freiburg gibt es derzeit sieben ambulant betreute Wohngemeinschaften. Im Bereich der Pflege bieten sie 45, im Bereich der Eingliederungshilfe 11 Plätze (Stand 2018). Mit der geplanten Gründung von weiteren vier Wohngruppen werden in 2020 insgesamt weitere 35 Plätze hinzukommen – die Sozialverwaltung rechnet mit einer weiter steigenden Nachfrage.

Der Stadt Freiburg ist eine ausgewogene Angebotsstruktur wichtig. Grundsätzlich werden ambulante den stationären Settings vorgezogen. Innerhalb der ambulanten Wohngemeinschaften wird das anbietergestützte Modell favorisiert. Das Leben in dieser Wohnform – unter „Leitung“ eines verantwortlichen Anbieters/Leistungserbringers – erfährt großen Zuspruch und lässt quartiersbezogene Lösungen zu. Hervorzuheben ist die Verlässlichkeit bei einer möglichen vertraglichen Ausgestaltung (zum Beispiel für die Leistungsträgerseite), da es eine feste Ansprechperson gibt – auch bei einem Wechsel der Bewohnerschaft.

Eine weitere gute, aber aufwändige und mit vielen Struktur- und Finanzierungsfragen verbundene Wohnform sind die selbstverantworteten Wohngemeinschaften nach dem „Freiburger Modell“. Bei diesem Modell gestalten Angehörige, Ehrenamtliche und professionelle Kräfte das Angebot für die Wohngemeinschaft zusammen. Weil der Aufwand groß ist und Vorabsprachen nötig sind, empfiehlt es sich, das ASS frühzeitig einzubeziehen, wenn Interesse an einer Wohngemeinschaft nach dem Freiburger Modell besteht.

Sie wünschen detailliertere Informationen? Diese erhalten Sie in der Drucksache SO-18/002 vom 11.04.2018, zu finden im Internet unter [www.freiburg.de](http://www.freiburg.de) im Service/Ratsinfosystem.

## **5. Gesehen werden – Was Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen sich wünschen**

33 Einrichtungen und Organisationen sowie Vertretungen von Betroffenen und Angehörigen haben sich zum Gemeindepsychiatrischen Verbund (GPV) zusammengeschlossen. Seine Aufgabe ist es, die Stadt in Fragen der Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen zu beraten, regionale Kooperationen aufzubauen und nachhaltig weiterzuentwickeln. Dafür werden in regelmäßigen Sitzungen und Arbeitsgruppen Handlungsfelder identifiziert und bearbeitet.

Im Jahr 2018 stand das Thema Öffentlichkeitsarbeit im Fokus. Mit der Ausstellung „Gesehen werden: Gleich und Anders“ wurden Arbeiten von etwa 50 Künstlerinnen und Künstlern mit Krisenerfahrung an neun öffentlichen Orten in Freiburg gezeigt. Das Anliegen der Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen, als „gleich“ angesehen zu werden und vollumfänglich am Leben in Freiburg teilzuhaben, ist ebenso wichtig, wie der Wunsch, dass ihr (zumindest gelegentliches) „Anders-sein“ respektiert und akzeptiert wird.

### **Teilhabeplanung Psychiatrie**

Teilhabe wird für manche Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen nur dank diverser Unterstützungsangebote möglich und nach außen wahrnehmbar. Die Teilhabeplanung Psychiatrie wurde 2018 angelegt, um diese Angebotsstruktur zu erfassen, zu analysieren und zu bewerten. Umfassend wurden Daten der Einrichtungen des GPV erhoben und in thematischen Workshops ausgewertet und analysiert. Aus den Ergebnissen der Workshops werden Empfehlungen für die Weiterentwicklung in den nächsten Jahren abgeleitet.

Die Anregungen von Menschen mit Psychiatrie-Erfahrung und ihren Angehörigen sollen in die Teilhabeplanung einfließen, damit die Angebotsstruktur bedarfsgerecht weiterentwickelt und die Teilhabe und Selbstbestimmung der Betroffenen gezielt gefördert werden können. Der Bericht zur Teilhabeplanung soll Ende 2019 vom Gemeinderat verabschiedet und die Erfassung der Daten dann jährlich fortgeschrieben werden.

## **6. Die vielseitigen Arbeitsfelder der kommunalen Kriminalprävention (KKP)**

Ein gestärktes Sicherheitsgefühl und mehr Sicherheit für Freiburgs Bürgerschaft - das ist das Ziel der kommunalen Kriminalprävention. Dafür setzt sich die Geschäftsstelle KKP (Sabine Burkhardt) in diversen Gremien und Netzwerken ein. Hier arbeitet sie eng mit der Polizei, mit dem Verein Sicheres Freiburg, der Suchtprävention und weiteren Stellen zusammen. Über allem steht der Koordinationsrat zur Kriminal- und Suchtprävention – hier werden Möglichkeiten zur Kriminal- und Suchtprävention erörtert und diskutiert.

*Arbeitsschwerpunkte der Geschäftsstelle KKP im Jahr 2018:*

### **Anti-Graffiti**

Koordinierung der Entfernung und Prävention illegaler Graffiti (Gemeinderatsbeschluss). Die 14. Anti-Graffiti-Aktion fand in Zusammenarbeit mit der Malerinnung, der Jugendhilfe im Strafverfahren des Amtes für Kinder, Jugend und Familie und den Bürgervereinen Oberwiehre-Waldsee/ Mittel- und Unterwiehre statt. Weitere Informationen: <http://www.sicheres-freiburg.de/>

### **Nutzung und Sicherheit öffentlicher Plätze**

im Rahmen des Arbeitskreises „Interessenskonflikte im öffentlichen Raum“ gab es fachlichen Austausch zur Nutzung öffentlicher Plätze durch verschiedenste Personengruppen. In dem AK kommen die Vertretenden der Stadtverwaltung untereinander und die Leitungen der Polizeireviere in einen ergebnisoffenen Dialog.

Unterstützung der städtischen Projektgruppe „Sicherheit und Ordnung“ und bei der Partnerschaft „Sicherer Alltag“ in Sitzungen, an Präventionsständen und in der Kampagnenarbeit. Die erste von elf geplanten Sicherheitskonferenzen am 29. November 2018 wurde mitorganisiert und gemeinsam mit der Polizei durchgeführt. Ziel der Konferenzen ist es, das Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum zu verbessern und in den Dialog mit der Bürgerschaft zu treten

Wir haben an Runden Tischen in Stadtteilen teilgenommen und die Veranstaltung des Bürgervereins Stühlinger „Mein-dein-unser Stühlinger Kirchplatz“ am 10. November 2018 mitorganisiert. Dabei wurde über sicherheitsfördernde Maßnahmen auf und rund um den Platz informiert. Ebenso wurden in Workshops Ideen zur Platzgestaltung und Belebung beraten. (Dokumentation siehe <http://www.bv-stuehlinger.de/>).

## **Gewaltprävention – Projekte**

In der AG „Sicheres Nachtleben“ haben wir gemeinsam mit dem Verein Frauenhorizonte die Schulungen für Clubbetreiber an der bundesweiten Kampagne „Ist Luisa hier?“ neu ausgerichtet (<https://luisa-ist-hier.de/>).

Die Arbeit der Freiburger Fachstelle Intervention gegen häusliche Gewalt (FRIG) wird unterstützt – teils durch eigene Mitarbeit. So haben wir am Film zum 20-jährigen Jubiläum mitgewirkt: <https://frig-freiburg.de/>

Die Kampagne „Freiburg zeigt Zivilcourage“ wurde vorgestellt und gemeinsam mit den Schulsozialarbeitenden Ideen zur Präventionsarbeit an weiterführenden Schulen gesammelt ([www.freiburg-zeigt-zivilcourage.de](http://www.freiburg-zeigt-zivilcourage.de))

In Zusammenarbeit mit dem Verein Sicheres Freiburg haben wir Projekte zur Gewaltprävention gefördert und eigene Projekte durchgeführt. Unter anderem werden regelmäßig Selbstbehauptungskurse angeboten. Am 26. November 2018 wurden sieben Personen für Zivilcourage feierlich geehrt.

## **7. KontaktNetz StühlingerPlatz**

Im Oktober 2018 hat KontaktNetz Stühlinger Platz sein zehnjähriges Jubiläum gefeiert. Das Angebot von KontaktNetz wird gut angenommen - künftig soll es mit mehr Personal ausgestattet werden.

Das KontaktNetz Stühlinger Platz wendet sich an Menschen bzw. Gruppierungen, die sich kontinuierlich auf dem Stühlinger Kirchplatz aufhalten und den Platz als wichtigen Bezugspunkt nutzen. Diese Menschen bringen Themen wie Arbeitslosigkeit, physische und psychische Erkrankungen wie zum Beispiel Sucht mit. Auch Verschuldung, Wohnungslosigkeit oder prekäre Wohnsituationen, Arbeit und Migration beschäftigen sie. Eine weitere Herausforderung sind die zunehmenden Anfragen von der EU-Bürgerschaft aus Ost-Europa. Zu den spezifischen Bedarfslagen kommen damit auch noch Sprachbarrieren hinzu.

Mehrmals wöchentlich sind die Streetworker auf dem Platz und bieten bei völliger Freiwilligkeit eine längerfristige Arbeitsbeziehung und bei Bedarf Beratung, Unterstützung und Vermittlung bzw. Begleitung zu weiterführenden Hilfen. Seit kurzem sind die Streetworker gemeinsam mit der Sucht- und Obdachlosenpflege PIOS auf dem Platz präsent.

Das Team der Streetworker will dazu beitragen, dass seiner Klientel mehr Respekt und Verständnis statt Vorverurteilung entgegen gebracht werden. Gleichzeitig beteiligt sich das Team an Gesprächen unter Federführung des Bürgervereins Stühlinger, um zu überlegen, wie der Platz in Zukunft genutzt werden kann.

Im Oktober 2018 haben wir mit zahlreichen Gästen das zehnjährige Jubiläum von KontaktNetz Stühlinger Platz gefeiert. Kennzeichnend für das KontaktNetz ist die Kombination von aufsuchender Arbeit und Gemeinwesenorientierung.

Ausblick:

Im Rahmen der Verlängerung der Sicherheitspartnerschaft zwischen Stadt und Land hat der Gemeinderat am 26. Februar 2019 anhand der Drucksache G-19/056 den Ausbau von KontaktNetz - Straßensozialarbeit um 4,0 VZÄ beschlossen. Mit der Ausweitung des Personals am Stühlinger Platz um 1,0 VZÄ kann die erfolgreiche und gute Arbeit weiter gestärkt und ausgebaut werden.

## 8. Jugendberufshilfe-Projekte im Rahmen des §16 h SGB II

Manchen Jugendlichen gelingt es nach der Schule nicht, in Ausbildung oder Arbeit zu kommen, weil sie „ganz andere Sorgen“ haben. Damit die jungen Menschen den Anschluss wieder finden oder nicht verlieren, finanzieren das Jobcenter und die Stadt Freiburg seit Jahren niederschwellige Projekte der Jugendberufshilfe mit Arbeitsmarktbezug, die von Freien Trägern der Jugendhilfe durchgeführt werden. Seit dem 1. Januar 2018 laufen diese Projekte über § 16 h des Zweiten Sozialgesetzbuchs – davon profitieren alle.

Mit der Einführung des Paragraphen 16 h SGB 2 im Juli 2016 wurde auf einen Bedarf reagiert, der von den vorhandenen Hilfe- und Fördersystemen nicht ausreichend abgedeckt wurde. Konkret geht es um junge Menschen unter 25, die Leistungen nach dem SGB II beziehen oder mit großer Wahrscheinlichkeit beziehen könnten, die individuell beeinträchtigt und/oder sozial benachteiligt sind, einen hohen Unterstützungsbedarf aufweisen und nicht (mehr) vom Sozialsystem erreicht werden – die Gründe hierfür sind vielfältig.

Um diesen Menschen flexibler und inklusionsorientierter helfen zu können, öffnet sich die Grundsicherung für Arbeitsuchende dem Aufgabenfeld der Jugendhilfe. Zielgruppen können rechtskreisübergreifend identifiziert und die Angebote nahe an den Bedarfen der jungen Menschen ausgerichtet werden.

Den Handlungsbedarf hat man aber schon vor der Einführung des neuen Paragraphen gesehen. Schon seit 2012 unterstützen die Stadt und das Jobcenter die Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Rahmen von Kooperationsprojekten dabei, eine schulische, ausbildungsbezogene oder berufliche Qualifikation abzuschließen oder anders ins Arbeitsleben einzumünden oder zumindest Sozialleistungen zu beantragen oder anzunehmen.

Im Projekt „Jule“ werden junge Mütter in Elternzeit dabei begleitet, eine berufliche Perspektive zu entwickeln. Von Wohnungslosigkeit bedrohte Jugendliche werden bei „JobOn“ bei der Wohnungssuche unterstützt. Wer den Übergang von der Schule in den Beruf verpasst hat und mit der Verfolgung einer beruflichen Perspektive nicht vorankommt, kann sich bei „Kompass“ in Werkstätten erproben. Jugendliche, die aufgrund ihrer individuellen Situation nicht in Ausbildung, Qualifizierung oder Maßnahmen vermittelt werden können, werden in „Phönix“ intensiv sozialpädagogisch betreut.

Das Projekt „Perspektive für alle“, das bis Jahresende 2018 durch das ESF-Bundesprojekt „Jugend Stärken im Quartier – kurz „JUSTiQ“ gefördert wurde, wird ab 2019 ebenso im Rahmen des § 16h SGB 2 verstetigt. Das Projekt wendet sich mit Case Management und aufsuchender Arbeit an Jugendliche, bei denen Schulabbruch droht oder die bereits die Schule abgebrochen haben, und unterstützt sie dabei Anschlussperspektiven zu entwickeln.

Kurzinformation: Förderperiode zum Projekt „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier“ - kurz „BIWAQ“ endet - „SMART in HaWei“ startet.

Von Juli 2015 bis Jahresende 2018 wurde das ESF-Bundesprojekt „BIWAQ“ in Haslach und Weingarten von den Projektpartnern f.q.b. gGmbH, Nachbarschaftswerk

e.V. und Goethe die Zweite im Diakonischen Werk umgesetzt. Die Koordinierung lag beim Amt für Soziales und Senioren.

Nun ist diese Förderperiode für das erfolgreiche Projekt zu Ende – und eine neue kann starten: „SMART in HaWei“ (Social Media, Arbeit, Teilhabe in Haslach und Weingarten) macht Angebote zum Schwerpunktthema Digitalisierung.

Teilnehmende des Projektes waren insbesondere Langzeitarbeitslose aus dem Bereich des SGB II oder Arbeitslose im Bezug von Leistungen nach dem SGB III bei drohender Langzeitarbeitslosigkeit. Zudem richtete sich das Projekt auch an Selbstständige, vor allem Kleinst-, Klein- und mittlere Unternehmen, die sich in einer prekären wirtschaftlichen Situation befanden und Sozialleistungen nach dem SGB 2 und 3 erhielten.

Insgesamt konnten 259 Teilnehmende (159 Frauen, 100 Männer) für den Arbeitsmarkt vorbereitet bzw. herangeführt werden. 38 Prozent von ihnen ist im Anschluss an das Projekt die Integration in Arbeit gelungen. Außerdem konnten 58 Kleinunternehmen erreicht und zahlreiche davon stabilisiert werden.

## **9. Neustrukturierung in der Unterbringung von wohnungslosen Menschen**

Das Ziel der Wohnungsnotfallhilfe ist es, Menschen, die wohnungslos oder von Wohnungslosigkeit bedroht sind, dauerhaftes Leben in eigenem Wohnraum zu ermöglichen.

Zur Akutunterbringung gibt es in der Wohnungsnotfallhilfe zwei Notunterkünfte, eine in der Haslacher Straße 11 („OASE“) und eine weitere in der alten Stadthalle. Zusammen verfügen wir hier über 65 Plätze (Stand März 2018).

Der Abteilung 6 stehen insgesamt acht Wohnheime mit bis zu 160 Plätzen für Einzelpersonen zur Verfügung. Im Jahr 2018 wurde ein neues Wohnheim zur Unterbringung von Frauen am Schlossbergring 1 mit 17 Plätzen eröffnet.

Das Sachgebiet „Prävention/Wohnungssicherung“ in der Abteilung 4 „Soziale Arbeit“ belegt aktuell zwei Wohnheime mit 134 Plätzen, überwiegend mit Familien und Alleinerziehenden. Im Jahr 2019 soll in der Bötzingen Straße 50a ein Erweiterungsbau fertiggestellt werden, mit dem ein älteres Wohnheim ersetzt und mindestens weitere 25 Plätze geschaffen werden. Der Erweiterungsbau soll Aspekte wie Sicherheit, Privatsphäre und Familienfreundlichkeit für die Bewohnerschaft im besonderen Maß berücksichtigen.

Detaillierte Informationen können Sie der Drucksache G-18/199 „Jahresbericht der Wohnungsnotfallhilfe“ entnehmen.

Zum 1. Oktober 2018 wurde aus der bisherigen Abteilung 6 „OASE“ die Abteilung „Leistung für wohnungslose Menschen“. Die Abteilung wird in drei Sachgebiete untergliedert:

*Sachgebiet 1:* „Vertrags- und Fallmanagement, Wohnraumverwaltung“ (bisher „Soziale Hilfen“)

*Sachgebiet 2:* „Fachberatung“ (bisher „Soziale Dienste“)

*Sachgebiet 3:* „Betreuung Unterkünfte“, kommt neu hinzu. Zuvor wurden die Unterkünfte vom Amt für Migration und Integration mitbetreut und verwaltet. Nach einer Organisationsuntersuchung wurde die Neuorganisation beschlossen.

## **10. Im gewohnten Umfeld alt werden - Initiativen „Älter werden im Stadtteil“**

Das Amt für Soziales und Senioren hat im Jahr 2016 zusammen mit dem Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung eine repräsentative Befragung von Freiburger Bürgerinnen und Bürgern von 55 Jahren und älter durchgeführt.

Unter dem Titel „Generation 55plus: Lebensqualität und Zukunftsplanung“ wurden Daten zur Lebenssituation, Gesundheit und Pflegebedürftigkeit der Menschen erhoben. Dabei wurde deutlich, wie wesentlich Unterstützungsnetzwerke in den jeweiligen Stadtteilen sind, um ein „Älter werden im Stadtteil“ zu ermöglichen.

Das Amt für Soziales und Senioren sieht sich durch die Befragungsergebnisse in der Neuausrichtung einer kleinräumigen Sozialplanung für Ältere nachdrücklich bestärkt.

Für eine altengerechte, generationsübergreifende und inklusive Weiterentwicklung der Stadtteile leisten quartiersbezogene Initiativen einen entscheidenden Beitrag. Aktuell gibt es in Freiburg 20 solche Initiativen, die sich für die Belange von älteren Menschen einsetzen, Vernetzung zwischen verschiedenen Akteuren schaffen und den Zusammenhalt im Quartier stärken. Sie sehen beispielsweise eine fachspezifische Altenhilfefachberatung und die Koordination durch eine hauptamtliche Stelle von Seiten der Stadt als notwendig. Die fachliche Begleitung dieser Initiativen wie auch ihre Vernetzung und Kooperation im Stadtteil und darüber hinaus sind ganz wesentliche, fachliche Ziele des Seniorenbüros mit Pflegestützpunkt beim Amt für Soziales und Senioren. Dazu wurde im Doppelhaushalt eine befristete Stelle im Umfang von 0,5 VZÄ angesetzt. Daneben werden von der engen Kooperation mit der Geschäftsstelle Kommunales Quartiersmanagement weitere positive Effekte durch und für Initiativen „Älter werden im Stadtteil“ erwartet.

Die Ergebnisse der Befragung und die Aktivitäten zur Fortentwicklung einer altersgerechten, inklusiven Infrastruktur in den Stadtteilen sind einsehbar in der Drucksache SO-18/003.

Das Jahr 2018 stand für die kommunale Behindertenbeauftragte Sarah Baumgart ganz im Zeichen des inklusiven Sozialraums. Gemäß ihrer Aufgaben begleitete sie den städtischen Aktionsplan Inklusion, der sich dem Thema „Inklusives Quartier“ widmete.

Über „Inklusive Quartiere“ wird seit einigen Jahren viel diskutiert. Doch was steckt eigentlich dahinter? Sarah Baumgart wollte es genauer wissen und erarbeitete mit dem Freiburger Behindertenbeirat ein Positionspapier. Kurze Wege, dezentrale Infrastruktur, Barrierefreiheit, inklusive Nachbarschaften und soziale Wahlverwandtschaften, sind demnach die Säulen eines inklusiven Stadtteils. Dieses Wissen kam genau zur richtigen Zeit, um in den Diskurs zum neuen Stadtteil Dietenbach einzufließen.

Frau Baumgart beriet auch 2018 Politik und Verwaltung zu Belangen von Menschen mit Behinderungen. Sie war Teil mehrerer Preisgerichte und Abstimmungsgespräche, darunter zum neuen Stadtteil Dietenbach, zum Baugebiet

Stühlinger West und zum Neubau der Staudinger Schule. Sie begleitete die Gestaltung des Europaplatzes und des neuen SC-Stadions, aber auch Prozesse zur barrierefreien Kommunikation, zur inklusiven Beschulung und zum barrierefreien Tourismus.

Neben den Zukunftsthemen der Stadt steht die Interessenvertretung von Menschen mit Behinderung im Fokus. Im Jahr 2018 wandten sich über 1900 Menschen an die Behindertenbeauftragte. Am stärksten nachgefragt waren die Themen Wohnraum und Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt. Gleich dahinter kamen Themen wie Finanzierung von Teilhabeleistungen, Barrierefreiheit von öffentlichen Gebäuden und im öffentlichen Raum.

Am Samstag, 5. Mai 2018, wurde der Platz der Alten Synagoge zu einer großen Bühne rund um das Thema Inklusion. Ziel war es, die Öffentlichkeit auf positive Weise zu sensibilisieren und Akteure besser zu vernetzen. Gemeinsam mit der Koordinationsstelle Inklusion des Dezernat III organisierte die Beauftragte den „Aktionstag Inklusion“. Mit 3.000 Besuchenden einem inklusiven Bühnenprogramm und über 40 Ständen von Akteuren rund um Inklusion war dieses gemeinsame Fest ein voller Erfolg.

### **Schaubild:**

Organigramm des Amtes für Soziales und Senioren „Aufgaben und organisatorische Struktur“

inklusive Tabelle „Zusammensetzung des Personals“